

Regierung plant „New Deal für Österreich“: Hoffnung auf neue Partnerschaften!

Am 13. März 2025 präsentiert die neue Regierung in Wien ihr Programm, betont Zusammenarbeit und Optimismus für die Zukunft.

Vienna, Österreich - In einer entscheidenden Phase der österreichischen Politik präsentierte Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) die Hauptpunkte des Regierungsprogramms, das den Grundstein für eine neue Ära legen soll. „Verschiedene Blickwinkel und Perspektiven sind keine Schwäche, sondern die Stärke unserer liberalen, pluralistischen Demokratie“, betonte Stocker vor den Mitgliedern des Bundesrats bei der Vorstellung seiner Pläne. Besonders hervorzuheben ist die Zusicherung, dass die Finanzierung des zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres „gesichert“ sei. Vizekanzler Andreas Babler (SPÖ) ergänzte, dass die Regierung sowohl das Parlament würdigen als auch die Oppositionsfractionen aktiv einbeziehen werde. Dies wird als Zeichen für einen neuen, konstruktiven politischen Kurs gewertet.

Die Sitzung begann mit der Ernennung neuer Bundesräte, darunter die Sozialministerin Korinna Schumann (SPÖ), die das Amt von Martina Ludwig-Faymann übernahm. Auch die burgenländischen Bundesräte Mario Trinkl, Thomas Schmid (beide SPÖ) und Thomas Karacsony (FPÖ) wurden neu in der Länderkammer begrüßt. Wilfried Haslauer, der Landeshauptmann von Salzburg, rief nach einem „New Deal für Österreich“, wodurch eine Reformpartnerschaft zwischen Bund und Ländern angestrebt wird, um die Herausforderungen der

Zeit gemeinsam anzugehen. Diese Aspekte wurden im Rahmen der Debatte über den Bundesrat erörtert, der laut den Worten von Manuela Schwesig, der Präsidentin des Bundesrats in Deutschland, eine entscheidende Rolle für die Bürger über alle Länder hinweg spielt.

Die Bedeutung des Bundesrats in Deutschland

Schwesig erkannte den Bundesrat als ein unverzichtbares Organ, das die Lebensumstände der Menschen in Deutschland widerspiegelt. „Wir kennen die Herausforderungen, von sozialen Themen bis hin zu Klimaschutz“, sagte sie und machte deutlich, dass die Vielfalt der regionalen Perspektiven im Bundesrat eine wichtige Rolle spielt. Sie beabsichtigt, die Demokratie zu stärken und das Ehrenamt zu unterstützen. In ihren ersten Wortmeldungen als Bundesratspräsidentin äußerte Schwesig Solidarität mit Israel in den aktuellen Krisenzeiten und betonte die Notwendigkeit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Ihre Prioritäten umfassen auch die Pflege internationaler Beziehungen, insbesondere zu Polen, und das Streben nach Kompromissen innerhalb der deutschen Länder.

Mit den aktuellen Entwicklungen in der österreichischen und deutschen Politik zeichnet sich eine Phase des Wandels ab, die sowohl nationale als auch internationale Dimensionen umfasst. Die kommenden Jahre versprechen eine intensive Auseinandersetzung mit drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen, während gleichzeitig die Grundlagen einer gemeinsamen demokratischen Wertegemeinschaft gestärkt werden sollen.

Details	
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.bundesrat.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at